

Zur Frage der Staatsfaschisierung

Achim Szepanski

(Der Text ist die Weiterführung eines Essays von 2018 und in leicht veränderter Form sowohl in Imperialismus, Staatsfaschisierung und die Kriegsmaschinen des Kapitals als auch bei NON.copyriot.com wiederveröffentlicht worden.)

Begrifflichkeiten wie Totalitarismus, Postdemokratie, autoritäre Demokratie oder autoritärer Etatismus/Neoliberalismus erscheinen zunehmend ungeeignet, um das Charakteristische und Neuartige der gegenwärtigen staatlichen Transformationen zu bezeichnen.

In einem Text aus dem Jahr 1973 hat der Soziologe Manfred Clemenz den Begriff des »strukturellen Staatsfaschismus« (Clemenz 1973) eingeführt. Der Autor setzt erklärend voraus, dass es keine grundlegenden funktionellen Unterschiede zwischen den Formen der parlamentarischen Demokratie und dem faschistischen Ausnahmezustand gäbe, sondern eben nur phänomenologische Veränderungen, die allerdings drastische Formen, bis hin zu Brüchen, annehmen könnten. Die hier zugrunde liegende Fragestellung hat sich definitiv verschoben. Es handelt sich hinsichtlich der gegenwärtigen Prozesse tatsächlich nicht um eine neuartige Staatsform, aber eben auch nicht lediglich um Phänomene, deren Addition dann so etwas wie den Staatsfaschismus ergeben könnte.

Der kommende Faschismus, der als »Faschismus« in Anführungszeichen zu setzen ist, nimmt heute nicht unbedingt jene Gestalt an, in der er vielleicht in den 1970er Jahren noch gedacht wurde. Dabei gilt es aber auch zu beachten, dass der Faschismusbegriff, vor allem im linken Feld, oft genug dort einspringen muss, wo Transformationen, Ausnahmen und Frakturen benannt werden sollen, für die Begriffe noch fehlen. Wenn daraufhin aber der Begriff des Faschismus in den Kämpfen um die Hegemonie in den Theorien und Diskursen ganz ausgespart wird, kann dies kaum die richtige Antwort sein. Durch die Aufgabe eines Begriffs entsteht eben längst kein diskursiv leerer Raum. Wir befinden uns also auf einem schwierigen Terrain.

Um das Moment des Risikos und der Prävention darin stärker hervorzuheben, schlagen wir den Begriff »Staatsfaschisierung« vor, der zudem auf die Transformationen der Staaten im Kontext der kapitalistischen Globalisierung, wie wir sie kurz skizziert haben, sowie auf neue nationale und internationale Klassen- und Kräfteverhältnisse hinweisen soll.

»Staatsfaschisierung« bedeutet in diesem Kontext, dass der Staat nicht nur auf Zustände, Krisen und Konflikte reagiert (indem er etwa, wie nach der Finanzkrise von 2008, private Banken mit Steuergeldern rettet und zugleich Politiken der sozialen Verschärfung und der rassistischen Ausschließungen in Gang setzt), sondern insbesondere kommende Krisen und Konflikte zu antizipieren und Trends zu konstruieren versucht. Damit folgt er einer spezifischen Präventivlogik, gerade indem er ein permanentes und proaktives Krisenmanagement nach innen und außen betreibt. Mehr noch, der Begriff der Staatsfaschisierung, der von vornherein das prozessuale Moment betont, beinhaltet auch einen konjunkturellen oder situativen Wandel des Regierens, eine Verschiebung und schließlich Neuordnung von Staatsapparaten und Governance/Regierungsformen, die noch keine endgültige Gestalt gefunden haben, sodass zum einen der gewöhnliche Kapital-Staat nicht aufgehoben ist, zum anderen aber auch noch nicht entschieden ist, ob der Prozess der Faschisierung tatsächlich in einem faschistischen Ausnahmezustand münden wird. Das den aktuellen Staat auszeichnende und für eine staatliche Faschisierung konstitutive »institutionelle Präventiv-Dispositiv« (Poulantzas 1978: 192), das für Poulantzas allerdings auch schon den autoritären Etatismus in den 1980er Jahren kennzeichnete, ist heute derartig elastisch und zugleich doch intensiv in staatliche wie nichtstaatliche Apparate und Institutionen eingeschliffen worden. Es hat sich dabei zu einem grundlegenden Dispositiv (neben dem offiziellen Staat der parlamentarischen

Demokratie) entwickelt, dass man nicht nur mehr von einer Osmose zwischen dem Präventiv-Dispositiv und dem offiziellen Staat sprechen kann, wie dies Poulantzas noch tut, sondern von der temporären Dominanz eines durch die Präventivlogik und die korrelierende Paranoia gekennzeichneten, sich einschleichenden Faschisierungsprozesses, der in seiner Struktur neu ist und keiner bisherigen historischen Periode der Staatlichkeit entspricht. Insbesondere aufgrund der Einschreibung der Präventivlogik und eines spezifisch codierten Krisenszenarios (Terrorismusbekämpfung) ergreift der aktuelle Sicherheitsstaat politische und rechtliche Maßnahmen, welche die Apparatur des normalen kapitalistischen Staates nachhaltig verändern und seine Rechtsstaatlichkeit transformieren, ohne dass aber diese selbst verleugnet werden muss.¹

Diese Entwicklung wiederum verweist auf wichtige Veränderungen im Verhältnis zwischen den internationalen Kapitalbewegungen und den Operationen der Staaten, die aber nicht nur seine ökonomischen Funktionen und Handlungsweisen, sondern auch seine politischen und organisatorischen Bereiche betreffen. Der gegenwärtige Staat versucht nicht nur andauernd, halbwegs effektive Antworten auf ökonomische Krisenprozesse und auf die weltweite Fluktuation der ökonomischen Risiken zu finden, sondern es werden spezifische Präventionslogiken in die verschiedenen Regierungstechniken und Verwaltungsbereiche hinein transportiert, die zweifelsohne aber ihre letzte Bedingung in der längst auf die Zukunft umgestellten Kapitalisierung haben. Und dies bedeutet auch, dass sich die Transformationen des Staates keineswegs eindeutig als eine Stärkung oder als eine Schwächung seiner Machtpotenziale ausmachen lassen, sondern eine ungleichmäßige Entwicklung anzeigen. Hinsichtlich der staatlichen Machtpotenziale in Relation zur Kapitalökonomie kann von einer Schwächung, bezüglich der Formen des polizeilichen Managements von einer Stärkung gesprochen werden, wobei aber auch hier das staatliche Management durch den zunehmenden Einfluss von privaten Sicherheitsdiensten ergänzt oder ersetzt wird. Der Staat privatisiert damit immer stärker Teile seines Kerns, das Gewaltmonopol, das in der Gesamtheit zugleich ausgebaut wird, gerade insofern die Mittel des Zwangs heute diversifiziert werden müssen: diplomatisch, ökonomisch, sozial und kulturell, was zur Multiplizierung auch der privaten Apparate führt. Dabei sind diejenigen des Finanzsystems sicherlich die effektivsten, da dessen Effekte den gesamten Gesellschaftskörper destabilisieren können.

Der Begriff der Staatsfaschisierung, wie wir ihn hier verwenden, basiert also auf historischen Bedingungen, die in den 1970er Jahren so noch nicht gegeben waren. Zu nennen sind vor allem die Prozesse der Scharfmachung der finanziellen Kriegsmaschinen und der auf die Zukunft bezogenen Kapitalisierung, die sich transformierenden Krisen und Rezessionsphasen, insbesondere die des industriellen Kapitals, die Implementierung neoliberaler Maßnahmen und Projekte wie etwa neue staatliche Governancetechniken und Regulierungsformen, Austeritätspolitik, Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, die globale Fragmentierung der Produktionsprozesse und die dementsprechende Herstellung eines fragmentierten globalen Proletariats. Die daraus entspringenden Wirkungen kommen heute global einem ökologischen und sozialen Katastrophenprogramm gleich: so nimmt der Klimawandel immer schärfere Konturen an und in den Peripherien sind immer mehr Menschen gezwungen, in den Slums der Großstädte oder in »failed states« dahinzuvegetieren.

¹ In der liberalen Staatskonzeption ist das Parlament Ausdruck des allgemeinen Willens, der Nation und des Volkes, und die Institutionalisierung des Gesetzes erfolgt als ein Modell universaler, allgemeiner und formaler Normen. Rechtsstaatlichkeit impliziert hier die Kontrolle der Regierung und Verwaltung durch das Parlament. Heute ist eine vor allem im Parlament inkarnierte Legitimität längst ausgesetzt und wird durch andauernde und angeblich alternativlose Zuschreibungen ersetzt, die sich auf Fragen der Effizienz kaprizieren und von einer neuen technischen Rationalität geleitet sind. Diese verdichten sich organisatorisch in der Exekutive und Verwaltung.

Wir gehen davon aus, dass diese Krisenentwicklungen in Frequenz und Intensität weiter zunehmen werden, und damit einhergehend auch die soziale Polarisierung der Bevölkerung nicht nur im Süden, sondern auch in den Metropolen des Westens sich verschärfen wird, zugleich aber eine Rückkehr zum national-sozialstaatlichen Kompromiss des Fordismus, d. h. einer historischen Sonderperiode, die durch Systemkonkurrenz, Klassenkompromiss, Korporatismus und keynesianische Wirtschaftspolitik gekennzeichnet war, heute nicht mehr möglich erscheint. Aus den genannten Gründen wird die Regulation gesellschaftlicher Fragmentierung zunehmend durch polizeiliche Maßnahmen anstatt durch materielle Gratifikationen gelöst. In dem Maße, in dem der Staat soziale Leistungen abbaut, muss er in seiner Funktion als soziale Polizei aufrüsten, indem er etwa die Arbeitspolitik verstärkt am Einsatz repressiver Methoden ausrichtet (restriktive Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Armut durch die Bundesagentur für Arbeit; HartzIV). Austerität und soziale Polizei gehören zusammen. Oder, um es anders zu sagen, der Markt und ein starker Staat schließen sich zwar in der neoliberalen Doktrin, nicht aber in seiner Praxis aus.

Die neuartige strukturelle Staatsfaschisierung entsteht aber längst nicht ausschließlich als eine Reaktion auf ökonomische Krisenprozesse und Konjunkturzyklen, sondern sie verweist auf die Antizipation möglicherweise kommender sozialer Trends, der kommenden ökonomischen, sozialen und politischen Krisen und Konfliktpotenziale, denen heute schon vorgebeugt werden soll, was in entsprechenden offiziellen Verlautbarungen stets auch klar benannt wird.² Dazu entwickelt der Staat eine Reihe von Techniken, wie etwa neue Kontroll- und Überwachungsinstrumente, die Daten aufzeichnen, akkumulieren und auswerten, Techniken zur weiteren Quantifizierung und Vermessung der Bevölkerung und solche polizeilicher und militärischer Art. Dabei ergibt sich die Transformation des gewöhnlichen Kapital-Staates zu einem faschisierten Staat nicht unbedingt durch einen spektakulären Bruch, sondern durch die schleichende, aber beständig vorangetriebene Akkumulation, die Verschiebung, Verdichtung und Verschärfung restriktiver polizeilicher Operationen, die einer Präventiv-Logik folgen. Alles in allem durch Umbauten und Maßnahmen der sozialen Polizei, die nicht zwangsläufig zu einem faschistischen Staat führen müssen, aber einen Bruch mit dem gegenwärtigen Staatsgebilde auch nicht ausschließen.

Es erfolgt die schleichende Infiltration des Staates durch die Kriegsmaschine des Kapitals. Zu den staatseigenen Kriegsmaschinen wiederum zählt vor allem die umfassende Militarisierung und Zugriffserweiterung der Polizeibehörden (diese erhalten permanent weitere technische Mittel, rechtliche Möglichkeiten und exekutive Kompetenzen) im Rahmen eines sich immer stärker entfaltenden Sicherheitsstaates bei gleichzeitiger Einschränkung der Grundrechte. Zu den weiteren Maßnahmen gehören die Verschmelzung von Polizei und Militär, von Polizei und Geheimdiensten und auch von zivilen und bewaffneten Behörden; darauf aufbauend die flächendeckende Überwachung, Datensammlung und -speicherung durch die staatlichen Dienste, außerdem die zunehmende Integration der Massenmedien in die ideologischen Staatsapparate, die Beibehaltung und Kriminalisierung der Armut bei gleichzeitiger Senkung des Reproduktionsniveaus weiterer Bevölkerungsanteile, die Kooperation von »Sicherheitsbehörden« mit faschistischen und terroristischen Netzwerken im Inland (und ebensolchen Milizen im Ausland) und eine zunehmend aggressiver werdende Außen-, Geo- und Militärpolitik. Evident sind die Verschärfungen von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien bis hin zur Etablierung eines Feindstrafrechts und rechtlich verankerten Zugriffsbefugnissen weit im Vorfeld konkreter Straftaten - bis hin zur Vorbeugehaft. Andererseits aber eilt die Exekutive dieser Entwicklung stetig voran und antizipiert sie: So forschen beispielsweise Pentagon und CIA seit Jahrzehnten an der Verwissenschaftlichung der Folter, und die sogenannte »weiße Folter« und andere Methoden wurden exzessiv bereits in den 1970er Jahren

² Beispielsweise im vom Verteidigungsministerium herausgegebenen »Weissbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr«.

umfassend erprobt, während das Folterverbot weiterhin noch existiert. In den USA ist seit 2001 eine exorbitante Zunahme extralegalen Hinrichtungen im Ausland, meist durch Drohnenangriffe, aber auch durch Spezialtruppen bekannt geworden, denen keinerlei Gerichtsverfahren vorausgeht. Wird eine rechtswidrige Praxis bekannt, führt das meist nicht zu ihrer Einstellung, sondern zu ihrer nachträglichen Legalisierung oder ihrer stillschweigenden Duldung. Zunehmend verschwimmen dabei die Grenzen von Krieg, Polizeioperation und verdeckter Tätigkeit.

Den neuen Kriegsmaschinen des Kapitals korreliert das Zusammenspiel von ziviler und repressiver Macht im Staat, wobei die beiden Komponenten im Staat tendenziell ununterscheidbar werden, sodass man schon von ihrer Kondensation in der sozialen Polizei sprechen kann. Der Staat tendiert längst zur Privilegierung der Exekutivmacht und zu einer tiefen Transformation seiner administrativen und juristischen Funktionen, wobei letztere durch die fast täglich stattfindende Produktion von Gesetzen, Dekreten und Direktiven redundant werden, während sie zugleich doch weiter die Funktionen der sozialen Polizei befeuern. Schon Carl Schmitt hat den Staat als einen »motorisierten Gesetzgeber« bezeichnet und insbesondere die wachsende Motorisierung der exekutiven Maschinerie konstatiert. (Schmitt 2003: 407) Gerade auch die Transaktionen und Risikoproduktionen des finanziellen Kapitals gehen heute mit Geschwindigkeiten einher, die es erfordern, dass insbesondere die die Ökonomie betreffenden Gesetze, die früher noch der parlamentarischen Untersuchung und Absegnung bedurften, durch schnelle Dekrete ersetzt werden müssen. Diese Anforderungen werden also durch die Beschleunigungen der »Marktgesetze« selbst produziert. Nach den Dekreten drücken die Direktiven die nächste Stufe der strukturellen Anpassung der politischen Repräsentation an die Exekutive aus. Während das Dekret als ein motorisiertes Gesetz gilt, ist das Direktiv ein motorisiertes Dekret. So wird die allgemeine Rationalität des Gesetzes durch eine instrumentelle, die technische Rationalität der Dekrete und Direktiven ersetzt. Somit werden Räume für Verfahren und Projekte, die durch Rechtswillkür gekennzeichnet sind, weit geöffnet, insofern das, was die politischen und juristischen Fragmentierungsprozesse bisher zusammenhielt, nämlich das Recht, eben durch eine Vielzahl von Direktiven, Normen, Rechtsprechungen und Regeln beständiger Transformation unterliegt. Das exzessive Wuchern der Regelungen, der Direktiven und Dekrete sowie die Umschreibungen der Gesetze anlässlich politischer Ereignisse, bestimmter Konjunkturen und Situationen ist Teil der Aufhebung des Rechts, oder, um es anders zuzusagen, es konstituiert ein neues exzessives Verfahren der Rechtsprechung, das untrennbar von der Aufhebung des klassischen Rechts ist. Wolfgang Pohrt hat dies folgendermaßen zusammengefasst: »Der organisierte Kapitalismus beseitigt nicht die Gesetzlosigkeit, die man irrtümlich immer der liberalen Ära zuschreibt, sondern er macht diese zu seinem Gesetz« (Pohrt). Geltende Gesetze werden je nach aktuellen Erfordernissen angepasst oder geschleift und bisher gültige Rechtsgarantien werden nivelliert oder so angepasst, dass sie den Zustand der Prekären nur noch weiter verschärfen. Hier sei an Sondergesetze, die Zerschlagung von Rechten, die Spezialisierung der Gerichte und die Vorverlagerung des Strafrechts, neue Polizeigesetze, Techniken der Gesichtserkennung, der Datenüberwachung und Biometrik, Pathologisierungen im Bereich der Forensik etc. erinnert.

Diese spezifische Art der Technologisierung der Staatsapparate erfolgt durch die Ausbildung und den Einsatz von privaten, informellen und staatlichen Expertenregimes, die über Techniken, die sich in Serien von Projekten, Praktiken, Kanälen und Stützungen fortpflanzen, einen statistischen Volkskörper erschaffen, der ständig überwacht, bewertet und zugleich mobilisiert werden muss, gerade indem man auf ihn Macht ausübt. Es werden ständig neue Codes, Ranking- und Ratingverfahren installiert und variiert, mit denen sich das Funktionieren der Macht in eine Matrix der molekularen Segregation der Bevölkerung einschreibt.

Die Machtverschiebung von der Legislative zur Exekutive, der Bedeutungsverlust der Parteien, die Ausdehnung der Bürokratie und die Verlagerung der Entscheidungsfindung hin zu

informellen und parallel zum offiziellen und nach außen sichtbaren Staat operierenden Machtnetzen hat schon Poulantzas zur Kennzeichnung des autoritären Etatismus herangezogen. Für ihn waren die Prozesse ein Begleitspiel der Intensivierung der ökonomischen Intervention des Staates, der nun nicht nur im Rahmen einer kurzfristigen Wirtschaftspolitik und technischen Rationalität andauernd Regeln, Direktiven und Verordnungen gemäß den Konjunkturen, Frakturen und Zyklen der Kapitalbewegungen erlässt, sondern selbst als eine Art Unternehmen fungieren muss. Die Rationalität dieser Unternehmensform betrifft auch jegliche Gesetzesinitiativen und -verfahren, die in den Gremien der Exekutive aus- und umgearbeitet, regional und lokal weitergereicht, durch Erlasse, Direktiven und Verordnungen ergänzt und in die Finanz-, Fiskal-, Sozial- und Wirtschaftspolitik eingeschrieben werden. Zunehmend dienen sie den partikularen Interessen des großen Kapitals, anstatt noch eine zumindest formelle, durch das Gesetz garantierte Allgemeinheit und Universalität auszudrücken.

Selbst die Regierungen und die staatlichen Apparate müssen sich heute noch intensiver um ihre eigenen Outputs kümmern, welche durch eigene staatliche Evaluationstechniken gefördert werden sollen und zugleich von den Finanzmärkten monetär bewertet werden. Damit wird der Staat zu einer Fabrik der Gesetze, der Dekrete und Regulationen transformiert, ja er wird zu einer Maschine, die Tag für Tag neue Regeln produziert und Exekutiv-Macht herstellt. Der Staat ist ein (kastriertes) Unternehmen. Einerseits zieht er sich aus sozialen und ökonomischen Bereichen zurück, andererseits stützt er als eine Art Reparaturbetrieb und gleichzeitig als soziale Polizei die Kapital-Ökonomie aggressiv nach innen und außen. Zudem ökonomisiert er eigene Bereiche und Apparate. Hierfür konnte der Taylorismus im Fordismus eine gewisse organisatorische Grundlage anbieten, gedacht als ein Modus des politischen Kommandos und der Gestaltung einer parzellierten und zugleich homogenen, kontinuierlichen Raumzeit, in der jede Einheit ihren funktionalen Platz hat und Raum und Zeit in der gegenseitigen Durchdringung auf ein fertiges Produkt ausgerichtet werden. Der wahre Einfluss ist hier aber nicht allein in der technischen Organisation der Netzwerke und Dispositive der Verwaltung zu sehen, sondern liegt in der spezifischen Organisation der politischen Macht, was wiederum heißt, dass die Arbeitsteilungen, die in der Ökonomie vorzufinden sind, im Staat nicht einfach nur abgebildet werden, sondern in den staatlichen Verwaltungen und Bürokratien transformierte Formen annehmen. In diesem Kontext zielt die Staatsfaschisierung nicht einfach auf die Ausweitung der Repression oder autoritärer, rassistischer und nationalistischer Diskurse und Meinungssysteme, sondern erfordert den Einsatz hochtechnologisierter Machttechniken, welche nicht ausschließlich auf die Kontrolle freier Bürger-Individuen abzielen, sondern die Bevölkerung zum potenziellen Gefahrenherd umdeuten und gerade deshalb eine nachhaltige Veränderung der Materialität der Staatsapparate und ihrer Interventionen erforderlich machen.